

Gentechnologie und politische Verantwortung

Blunck, Lilo

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Blunck, L. (1989). Gentechnologie und politische Verantwortung. In H.-J. Hoffmann-Nowotny (Hrsg.), *Kultur und Gesellschaft: gemeinsamer Kongreß der Deutschen, der Österreichischen und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie, Zürich 1988 ; Beiträge der Forschungskomitees, Sektionen und Ad-hoc-Gruppen* (S. 755-757). Zürich: Seismo Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-145882>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

rechte). Skeptisch zu beurteilen ist, ob Wirtschaft, Wissenschaft und Politik für derartige Entscheidungsstrukturen sensibilisierbar sind und ob sich die politische Kultur der Bundesrepublik als adaptionsfähig erweist.

Gentechnologie und politische Verantwortung

Lilo Blunck (Bonn)

Die Gentechnologie ist das Werkzeug, mit dessen Hilfe einzelne Erbinformationen eines beliebigen Lebewesens bestimmt, isoliert und über alle Arten hinweg übertragen werden können. Sie hat in den letzten anderthalb Jahrzehnten eine atemberaubende Entwicklung genommen, deren Auswirkungen und Folgen auch nicht annähernd abzuschätzen sind.

Ist schon die heute fast alltägliche Anwendung gentechnologischer Methoden in der Tier- und Pflanzenwelt hinsichtlich der zukünftigen Rückwirkungen auf das ökologische Gleichgewicht der Natur und besonders auch auf den Menschen selbst noch ungeklärt, so werden mit den inzwischen möglichen gentechnologischen Eingriffen am Menschen und an menschlichen Keimbahnzellen Grenzen erreicht, wo grundsätzliche Fragen der menschlichen Existenz und der Würde des Menschen berührt werden.

Angesichts dieser rasanten Entwicklung sieht sich die Politik der Herausforderung konfrontiert, wie diese neue Technologie in demokratischer Verantwortung gesellschaftlich aktiv gesteuert werden kann, wenn verhindert werden soll, dass lediglich an den Folgen des Einsatzes dieser Technologie in unserer Gesellschaft herumrepariert wird. Dabei stellen sich insbesondere Fragen

- nach dem technischen Risiko,
- nach der ökologischen Verträglichkeit,
- nach dem militärischen Missbrauch
- und nach der Anwendung dieser Technik am Menschen.

Der Deutsche Bundestag hat als erstes Parlament überhaupt mit der auf Antrag der SDP-Fraktion eingesetzten Enquete-Kommission "Chancen und Risiken der Gentechnologie" den Versuch unternommen, auf parlamentarischer Ebene die Forderung nach demokratischer Steuerung der Entwicklung der Gentechnologie aufzunehmen. Die Kommission hatte den Auftrag, eine Technikbewertung in den Bereichen Gesundheit, Ernährung, Energie und Rohstoffsicherung sowie Umwelt vorzunehmen und dabei insbesondere

1. mögliche Zielkonflikte zwischen der grundgesetzlich garantierten Freiheit der Forschung und anderen Grundrechten zu untersuchen,
2. Kriterien für die Grenze der Anwendung neuer gentechnischer und zellbiologischer Methoden auf menschlichen Zellen und den Menschen insgesamt zu erarbeiten,

3. Empfehlungen für eine Förderung der Gentechnologie in sinnvollen Bereichen zu erarbeiten.

Die Kommission legte im Januar 1987 einen Bericht vor, dem alle Sachverständigen, mit Ausnahme der Vertreterin der Fraktion "Die Grünen", zustimmten. In wichtigen Bereichen hat die Kommission der Gentechnologie Schranken aufgezeigt:

1. Gentechnische Eingriffe in menschliche Keimbahnzellen sollen strafrechtlich verboten werden, weil durch diese technische Möglichkeit der Weg hin zur Menschenzüchtung eröffnet werden könnte. Ebenso soll die Erzeugung identischer Mehrlinge (Klonen) beim Menschen sowie die Chimärenbildung von menschlichen und tierischen Embryonen untersagt werden.
2. Gentechnische Forschungsprojekte dürfen nicht in militärischen Einrichtungen betrieben oder aus Mitteln des Verteidigungshaushaltes finanziert werden.
3. Für die gezielte Freisetzung gentechnisch manipulierter Lebewesen in die Umwelt wurde ein auf 5 Jahre befristetes Verbot vorgeschlagen, um sich Klarheit über die Folgen solcher Freisetzungsexperimente für das Ökosystem und den weiteren Fortgang der natürlichen Evolution verschaffen zu können.

Die Enquete-Kommission hat Wege und Möglichkeiten aufgezeigt, um der Gentechnologie in Forschung und Anwendung durch entsprechende Gesetze einen Rahmen zu geben, bevor viele der sich heute abzeichnenden Anwendungsmöglichkeiten realisiert werden.

Die Einführung eines Gentechnologiegesetzes muss mit der Androhung strafrechtlicher Konsequenzen verbunden werden. Weiter ist die Einführung einer Gefährdungshaftung unerlässlich, die der Vorläufigkeit unseres Wissens über die möglichen Risiken der Gentechnologie Rechnung trägt. Die Arbeit der Zentralen Kommission für biologische Sicherheit muss auf eine klare gesetzliche Grundlage gestellt werden, und die Kommission muss zu einer Genehmigungs- und Kontrollbehörde für die Industrie ausgebaut werden, die gentechnisch manipulierte Organismen zu Produktionszwecken nutzen will. Projekte der Risiko- und Sicherheitsforschung sowie Technologiefolgenabschätzung müssen fester Bestandteil einer gestaltenden Forschungs- und Technologiepolitik auch im Bereich der Gentechnologie werden. Darüber hinaus brauchen wir die Mitbeteiligung gesellschaftlicher Gruppen an der Entscheidung über die Schwerpunktsetzung in der öffentlichen Förderung der gentechnologischen Forschung.

Die Chancen der Gentechnologie verantwortlich und mit gesellschaftlicher Akzeptanz zu nutzen, vorsichtig zu sein gegenüber allen denkbaren Risiken und zugleich ein entschiedenes Nein zu allen ethisch nicht vertretbaren Anwendungen, das könnte ein Weg sein, um die Gentechnik zu einer gestaltbaren Technologie werden zu lassen, das könnte aber zugleich auch dazu beitragen, eine gesellschaft-

liche Polarisierung um diese neue Technologie zu vermeiden, wie sie auf Grund politischen Versagens um die Kernenergie entstanden war.

Stopp der Gentechnologie

Regula Bott (Bonn)

Zunächst eine Vorbemerkung zum Diskussionsstand bei den GRÜNEN: In der GRÜNEN Partei gibt es neben einer sehr breiten und grundsätzlichen Kritik an der Gentechnologie erste Minderheitenvoten, die ein striktes Nein für "nicht durchhaltbar" erachten und Ausnahmeregelungen bezogen und beschränkt auf den Bereich der Humanmedizin befürworten. Der Kampf gegen Krebs und AIDS ist dabei ein Hauptargument.

Ich gehöre nach wir vor zu denjenigen, die auch solche Ausnahme-Erlaubnisse strikt ablehnen, da nach meiner Auffassung und allgemeiner politischer Erfahrung jede Ausnahmegenehmigung in noch so eng beschriebenen Bereichen der grundsätzlichen Akzeptanz und weiteren Anwendung dieser Technologie auch in anderen Bereichen Tür und Tor öffnet. "Ein bisschen" Gentechnologie wird nicht funktionieren und die Forderung nach "sozialer Steuerung" ist schlicht illusionär.

Von den Gentechnologen, der Industrie und der Bundesregierung wird die Gentechnologie als Schlüssel- und Innovationstechnologie der kommenden Jahrzehnte gepriesen, und die Einsatzgebiete dieser Technologie sind tatsächlich umfassend: Medizin und Pharmazie, Energieerzeugung und Umwelttechnik, Ernährung und Landwirtschaft, chemische Produktion. Helfen soll die neue Wundertechnik gegen (fast) alle Übel dieser Welt: Krankheiten, Epidemien, Umweltverschmutzung, chemische Verseuchung, Hunger in der sog. 3. Welt. Versprochen werden uns diese Wunder allerdings ausgerechnet von den Chemie-Giganten, die uns die chemische Verseuchung erst beschert haben.

In der Bundesrepublik ist die neue Technologie fest in der Hand der alten IG-Farben-Töchter:

- die BASF ist beteiligt am Zentrum für molekulare Biologie, Heidelberg;
- HOECHST mischt mit beim Münchener Laboratorium für molekulare Biologie;
- BAYER kooperiert mit dem Max-Planck-Institut für Züchtungsforschung und dem Institut für Genetik an der Uni Köln.

Die Giftmischer von gestern, die Seveso, Bhopal und Rhein-Katastrophe auf dem Gewissen haben, sagen uns heute: "Gut, wir haben Euch vergiftet - ohne es zu wissen. Aber jetzt basteln wir an Gegengiften; die sind zwar noch gefährlicher, aber wir bürgen dafür: Diesmal geht alles gut!"

Wenn wir aber sagen: "Hört endlich auf mit der alten wie der neuen Frankenstein-Technologie"; wenn wir sagen: "Es ist nur Rückschritt, wenn den IG-Farben-Töchtern erlaubt wird, statt nur Gift- auch noch Seuchenkatastrophen zu produzieren", dann gelten wir als Fortschrittsfeinde.